

Heinz Weinhausen
Düsseldorfer Straße 74
51063 Köln

An
Bürgeramt Mülheim
Fraktionen der Bezirksvertretung
Herrn Bezirksbürgermeister Fuchs

Bezirksrathaus Mülheim
Wiener Platz 2a
51065 Köln

Köln, den 17.01.2014

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Fuchs,
sehr geehrte Damen und Herren der Parteien der Bezirksvertretung von Mülheim,

ich bitte um rasche Behandlung des folgenden Bürgerantrages in der Mülheimer Bezirksvertretung.

Mit freundlichem Gruß

Heinz Weinhausen

Bürgerantrag zu den nicht abgerufenen Fördergeldern beim Mülheim 2020-Programm

Die Bezirksvertretung Mülheim möge beschließen:

**Die Bezirksvertretung Mülheim fordert die Stadt Köln auf:
Die Stadt Köln übernimmt Verantwortung dafür, dass ca. 10 Millionen Euro an
Fördergeldern beim Mülheim 2020-Programm zum Schaden des benachteiligten Stadtteiles
nicht abgerufen wurden und somit etliche Projekte und Maßnahmen gar nicht oder nur
unzulänglich durchgeführt wurden. Um das selbstgesteckte und beschlossene Ziel, Mülheim
auf den städtischen Durchschnitt – insbesondere hinsichtlich der Arbeitslosenquote - zu
bringen, führt die Stadt Köln nun folgende Projekte und Maßnahmen in Eigenregie oder
durch Beauftragung durch:**

- Verlängerung der Laufzeit des Bildungsbüros um drei Jahre
- Verlängerung der Laufzeit des Wirtschaftsbüro um vier Jahre
- Verlängerung der Sprachförderung in den KITAs um zwei Jahre
- Arbeitsplätze für die ausgebildeten Stadtteilmütter
- Baurecyclinghof für Langzeitarbeitslose
- Neue Arbeit für Mülheim - Arbeitsplatzprojekt für Langzeitarbeitslose

- **Wohnen und Arbeiten auf der Industriebrache »Alter Güterbahnhof«**
- **Ein Gelände für das Leuchtturmprojekt »Internationales Geschäftshaus«**
- **Herausnahme des Durchgangsverkehrs aus Mülheim**

Begründung:

Im Mai 2009 verabschiedete der Rat der Stadt Köln das fünfjährige Mülheim 2020-Programm mit Fördergeldern im Volumen von ca. 40 Millionen, finanziert hauptsächlich aus EU-Geldern. Weil wegen Straßenbauprojekte der Finanzrahmen nicht einhalten werden konnte, wurde die Fördersumme auf 42 Millionen Euro aufgestockt.

Früh warnten Mülheimer Bürgerinnen und Bürger, dass die Verwaltung so langsam und umständlich arbeite, dass zu befürchten sei, dass Projekte gar nicht oder nur zum geringen Teil umgesetzt würden. Im Januar 2010 versprach Oberbürgermeister Jürgen Roters auf der Sitzung des Veedelsbeirates, dass trotz der eingestandenen Schwierigkeiten alle Projekte umgesetzt würden.

Im Rahmen des Mülheim-Programms, welches dieses Jahr endet, wird dies nicht mehr möglich sein, weil die Verwaltung im Jahre 2013 auf eine Anfrage hin mitteilte, dass voraussichtlich nur 32 von 42 Millionen Euro abgerufen und ausgegeben würden. Deutlich wurde dabei, dass die Straßenbauprojekte zu hundert Prozent durchgeführt werden, dass es bei der Bildung deutliche Einschränkungen bis zu fünfzig Prozent gibt und dass bei der lokalen Ökonomie gar nur wenige Prozent an Maßnahmen eingeleitet wurden. Kein einziger Arbeitsplatz wurde neu geschaffen, obwohl die Programm-Gelder gerade für Langzeitarbeitslose vorgesehen waren. Um Mülheim hier auf den städtischen Durchschnitt zu bringen, müssten die Mülheimer Arbeitslosenzahlen allerdings um ca. 1.000 sinken. Allein die Bereitstellung eines Geländes auf der Industriebrache Alter Güterbahnhof - wie vorgesehen im Mülheim 2020-Programm - für das Projekt »Internationales Geschäftshaus« hätte 1.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze nach sich gezogen.

Man erinnere sich, Mülheim war noch in den siebziger Jahren ein Stadtteil mit vielen Industrie-Arbeitsplätzen. Durch deren Verlust wurde es ein Stadtteil mit vielen Problemen. Der Sinn des Mülheim 2020-Programms war und ist es, einen benachteiligten Stadtteil wieder an den städtischen Durchschnitt heranzuführen. Dafür hat die EU die Fördermillionen bereitgestellt. Wenn dies nun von der Verwaltung nur unzulänglich umgesetzt wird und wurde, bleiben die Probleme doch weiter bestehen. Deswegen ist das Mülheim-Programm gewissermaßen von der Stadt Köln zu verlängern, bis die gesetzten Ziele erreicht worden sind. Dies wäre auch ein Zeichen, dass die langjährige Benachteiligung des Rechtsrheinischen seitens der städtischen Politik endlich beendet wird. Sonst müsste der Bürger sich fragen, was in Köln wichtiger genommen wird, eine Riesentreppe am Rhein oder die Entwicklung der Veedel?

Informationen zum Verlauf des Mülheim-Program sind unter anderem unter stadt-koeln.de und rettet-unsere-veedel.ina-koeln.org abgelegt.

Köln, den 17.01.2014

Heinz Weinhausen